

Tagesordnung

Bürgermeister Niehues begrüßte die Ausschussmitglieder, die erschienenen Zuhörerinnen und Zuhörer, Frau Hertleif von der Allgemeinen Zeitung sowie Herrn Ehling, Geschäftsführer der wfc.

Er stellte fest, dass mit Einladung vom 6. Juni 2007 form- und fristgerecht geladen wurde und dass der Ausschuss beschlussfähig sei. Hiergegen erhob sich kein Widerspruch.

Bürgermeister Niehues schlug vor, die Tagesordnung im nichtöffentlichen Teil wegen besonderer Dringlichkeit um den TOP 4 „**Entscheidung über die Ausübung eines Vorkaufsrechtes nach § 24 Abs. 1 Ziffer 1 Baugesetzbuch (BauGB) für eine im Bebauungsplan „Gartenstiege“ im Ortsteil Holtwick ausgewiesene Verkehrsfläche**“ zu erweitern. Die nachfolgenden Tagesordnungspunkte würden entsprechend aufrücken. Er begründete die Dringlichkeit damit, dass über die Ausübung des Vorkaufsrechtes innerhalb von zwei Monaten entschieden werden müsse, aber aufgrund der Sommerferien diese Frist nicht mehr eingehalten werden könne.

Sodann **stimmte** der Haupt- und Finanzausschuss der vorgeschlagenen Erweiterung der Tagesordnung der nichtöffentlichen Sitzung zu.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

1 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus öffentlichen Ausschusssitzungen

Berichtsbedarf war nicht vorhanden.

2 Bewerbung der Baumberge-Region als "LEADER-Region" im Rahmen des LEADER-Wettbewerbsverfahrens des Landes Nordrhein-Westfalen

**hier: Beteiligung der Gemeinde Rosendahl
Vorlage: VII/540**

Bürgermeister Niehues begrüßte nochmals Herrn Ehling, Geschäftsführer der Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Coesfeld (wfc).

Anschließend wies er darauf hin, dass die den Ausschussmitgliedern vorliegende Sitzungsvorlage auf Seite 4 mit einem Additionsfehler behaftet sei. Das Gesamtinvestitionsvolumen belaufe sich korrekterweise auf 3.808.000,-- €. Als Folge dieses Additionsfehlers ändere sich der Eigenanteil je Gemeinde auf 441.600,-- €.

Ausschussmitglied Reints äußerte die Befürchtung, dass für den Fall, dass für konkrete Projekte keine Förderung erfolge, sich der Eigenanteil der Gemeinde Rosendahl nicht auf 50 %, sondern auf 100% zuzüglich Mehrwertsteuer belaufe.

Bürgermeister Niehues erläuterte hierzu, dass sich die Förderpolitik der EU sowie des Landes geändert habe. Früher seien Einzelprojekte und strukturschwache Gebiete gefördert worden. Jetzt sollen mit der LEADER-Förderung Wertschöpfung

betrieben und die Regionen gefördert werden, die sich durch innovative Projekte, die einen Imagegewinn für die Region darstellen, herausheben. Dies sei jedoch nicht möglich ohne Eigenanteil. Die vorgenannten Projekte sollen mit einem festen Betrag gefördert werden. Der Förderbetrag belaufe sich auf 1,6 Mio. €. Da es sich um einen Fördersatz von 50 % handle, müssten entsprechende Eigenmittel von 50 % aufgebracht werden. Hier müsse die Mehrwertsteuer hinzugerechnet werden, so dass sich der Fördersatz auf Basis Brutto nur noch auf ca. 40 % belaufe.

Man müsse das Ganze jedoch als große Chance begreifen, so Bürgermeister Niehues. Anlässlich einer Informationsveranstaltung in Appelhülsen hätten sich drei LEADER+-Regionen mit ihren Projekten vorgestellt. Alle Regionen hätten durchweg über positive Erfahrungen berichtet, die Regionen hätten einen großen Gewinn erfahren. Er wies weiter darauf hin, dass es erforderlich sei, über die Gemeindegrenzen hinaus zu schauen und darüber nachzudenken, wie die Baumberge-Region vorangebracht werden könne. Die LEADER-Förderung gehe auch in den Privatbereich hinein, z.B. bei der Denkmalförderung. Nur in LEADER-Regionen würden noch Mittel für die private Denkmalpflege fließen. Bürgermeister Niehues appellierte an die Ausschussmitglieder, die LEADER-Bewerbung als Chance zu betrachten. Es werde ein Imagegewinn für die Region erreicht.

Ausschussmitglied Kuhl fragte nach, ob es richtig sei, dass für den Fall, dass die Bewerbung der Baumberge-Region nicht erfolgreich sei, die Region in den nächsten 7 Jahren keine Fördermittel mehr erhalte.

Herr Ehling erläuterte, dass die Ministerien die Fördermittel auf die LEADER-Regionen beschränken wollen. LEADER-Regionen erhielten zudem auch den Zugriff auf andere Fördertöpfe. Es werde auf jeden Fall für Nicht-LEADER-Regionen schwer, an Fördermittel zu kommen. Die Chance, dass die Bewerbung der Baumberge-Region als in sich geschlossener Gebiet als LEADER-Region erfolgreich sei, liege bei 50 %, da sich nach dem heutigen Stand doppelt so viele Regionen bewerben würden wie gefördert werden könnten.

Ausschussmitglied Mensing fragte nach einem konkreten Projekt, das im Rahmen der LEADER-Förderung umgesetzt werden könne.

Bürgermeister Niehues nannte als ein Beispiel die barrierefreie Umgestaltung des Ortskernes von Osterwick. Ein weiteres Beispiel sei das Naturtourismuskonzept, das durch die LEADER-Förderung finanziert werden könne.

Ausschussmitglied Branse wies darauf hin, dass derzeit ILEK-Gemeinden eine 40%ige Förderung erhalten. Wenn zukünftig die Mittel von LEADER-Regionen abgerufen werden, gebe es auch für ILEK-Gemeinden keine 40%ige Förderung mehr. Die SPD-Fraktion schlage vor, den Beschluss zu fassen, sich zunächst gemeinsam mit den Städten Billerbeck und Coesfeld sowie den Gemeinden Havixbeck und Notuln als Baumberge-Region zu bewerben. Die fachliche Unterstützung der Bewerbung solle vom Institut für Regionalmanagement (IfR) erfolgen. Für diese Unterstützung sollten nach Vorstellung der SPD die erforderlichen Finanzmittel in Höhe von 994,60 € bereitgestellt werden. Gleichzeitig solle bereits signalisiert werden, dass für den Fall der erfolgreichen Bewerbung die erforderlichen Mittel bereitgestellt werden. Nach Auffassung der SPD solle jedoch noch keine abschließende Entscheidung über die Vergabe des Auftrages an die wfc getroffen werden.

Herr Ehling wies darauf hin, dass in den LEADER-Förderrichtlinien vorgesehen sei, dass eine lokale Arbeitsgruppe und ein Regionalmanager eingesetzt werden. Die lokale Arbeitsgruppe entscheide über die Umsetzung der Maßnahmen und Projekte, der Regionalmanager bereite die Projekte vor und setze sie später um. Die wfc sei

von den Bürgermeistern hinsichtlich einer möglichen Übernahme des Projektmanagements angesprochen worden. Der Aufsichtsrat der wfc habe zwischenzeitlich beschlossen, dass ein derartiger Auftrag unter bestimmten Umständen angenommen werden dürfe. So sei die wfc bereit, das Management zu übernehmen, wenn sie es professionell umsetzen könne. Hierzu sei es erforderlich, eine geeignete Person einzustellen, die dies bewerkstelligen könne. Diese qualifizierte Person solle ins Team der wfc eingebunden werden, um die Unterstützung der Wirtschaftsförderungsgesellschaft zu erhalten. Um den hierdurch entstehenden Aufwand zu finanzieren, sei es erforderlich, dass von 2007 bis 2013 aus den gesamten zur Verfügung stehenden Mitteln der wfc bis zu 15 % für die lokale Arbeitsgruppe zur Verfügung gestellt werden. Ob die einzelne Stadt bzw. Gemeinde ihren Einsatz wieder hereinbekommt und Wertschöpfung betreiben könne, hänge nicht zuletzt davon ab, inwieweit sich Projektmanager und Vereine engagieren. Erfahrungsgemäß sei es so, dass jede Stadt/ Gemeinde ihren Einsatz wiederbekomme und Wertschöpfung betreiben könne.

Herr Ehling betonte, dass die wfc, auch wenn sie den Auftrag zur Übernahme des Projektmanagements nicht erhalte, auf jeden Fall die Bewerbung der Gemeinde bis zum Schluss – auch finanziell - unterstützen werde.

Ausschussmitglied Steindorf fragte nach der Besetzung der lokalen Arbeitsgruppe.

Bürgermeister Niehues erläuterte, dass aus jeder Kommune der Bürgermeister bzw. sein Vertreter vertreten sei, weitere Vertreter könnten aus den Bereichen Tourismus, Heimatverein, Verkehrsverein, Landwirtschaft, Landfrauen, Landjugend etc. kommen. Jede Kommune solle mit drei Personen vertreten sein, zuzüglich einem Vertreter der Agentur für Arbeit. Die Vertreter der lokalen Arbeitsgruppe müssten zu mindestens 50 % aus dem privaten Bereich kommen. Die Gruppe der Frauen müsste ebenfalls einen gewichtigen Anteil erhalten.

Ausschussmitglied Steindorf äußerte seine Befürchtung, dass die Kommunalpolitiker in den einzelnen Orten dann kein Mitspracherecht mehr hätten und somit vom Entscheidungsprozess ausgeschlossen werden würden, obschon sie die Mittelbereitstellung verantworten müssten.

Herr Ehling verwies nochmals darauf, dass die Verordnung vorsehe, dass 50 % der Mitglieder der lokalen Arbeitsgruppe aus dem bürgerschaftlichen Bereich kommen. Natürlich stehe es jeder Kommune frei, die Arbeitsgruppe beliebig zu besetzen. Es bestehe jedoch die Gefahr, dass das Gremium zu groß werden würde und damit letztlich handlungsunfähig sei. Letztendlich sei es so, dass über die LEADER-Mittel die lokale Arbeitsgruppe entscheide. Diese solle daher einen engen Kontakt zu den gemeindlichen Gremien halten.

Hinsichtlich der Frage nach konkreten Projekten für die LEADER-Bewerbung teilte Bürgermeister Niehues mit, dass zunächst einmal alle ILEK-Projekte unverändert übernommen werden sollten. Darüber hinaus sollten in weiteren Lenkungsgruppensitzungen Projekte erarbeitet werden, damit die Bewerbung noch attraktiver werde. Projektanregungen aus der Politik würde er zudem begrüßen.

Herr Ehling erläuterte auf entsprechende Nachfrage von Ausschussmitglied Kuhl, dass es nicht verbindliche Voraussetzung für die Bewerbung als LEADER-Region sei, dass alle Baumberge-Kommunen teilnehmen. Eine Nichtteilnahme einer oder mehrerer Kommunen würde aber sicher die Chancen für die Bewerbung schmälern. Dies könnte aus Sicht des Entscheidungsgremiums ein Grund sein, die Bewerbung der Baumberge-Region abzulehnen.

Auf Nachfrage von Ausschussmitglied Neumann erläuterte Herr Ehling, dass der wfc bis zu 15 % aus 3,2 Mio. € zur Verfügung gestellt werden würden. Für den Fall

der Beauftragung der wfc sei es so, dass die wfc Wert darauf legen, einen qualifizierten Mitarbeiter einzustellen. Gutes Management koste Geld.

Ausschussmitglied Branse teilte mit, dass die SPD keine Notwendigkeit sehe, den Auftrag an die wfc vor der Bewerbung zu erteilen.

Herr Ehling stellte klar, dass insgesamt seitens des Landes bis zu 1,6 Mio. € zur Verfügung gestellt werden könnten für die 5 Städte und Gemeinden. In gleicher Höhe zuzüglich der Mehrwertsteuer müssten die Städte und Gemeinden Eigenmittel zur Verfügung stellen. Diese Eigenmittel könnten auch aus anderen Töpfen kommen. Von diesem Betrag könnten bis zu 15 % einem Regionalmanagement zur Verfügung gestellt werden. Der Eigenanteil werde den Betrag von 441.000 € je Gemeinde nicht überschreiten. Der Auftrag an die wfc werde nur dann erteilt, wenn die Baumberge-Region den Zuschlag erhalten. Es müsse jedoch im Rahmen der Bewerbung bereits dargelegt werden, wie man sich konkret die Durchführung des Regionalmanagements vorstelle.

Für ihn persönlich stelle sich die Situation so dar, dass die Gemeinde Rosendahl mit ILEK aufgrund der 40 % - Förderung besser fahre, so Ausschussmitglied Mensing. Er halte die Bewerbung als LEADER-Region für die Gemeinde Rosendahl im Grunde genommen nicht für notwendig und darüber hinaus zu teuer.

Herr Ehling wies darauf hin, dass die LEADER-Förderrichtlinien dahingehend geändert worden seien, dass die 100.000 Einwohner-Grenze weggefallen sei. Der ILEK-Prozess sei eingestellt. Die Förderung für den Darfelder Markt sei noch gekommen, eine solche Förderung werde es aber in Zukunft nicht mehr geben.

Er wolle nicht heute entscheiden, ob die wfc Vertragspartner für das spätere Projektmanagement werde, so Ausschussmitglied Branse. Sollte dies eine Bedingung sein, so verzichte er lieber auf die Bewerbung als LEADER-Region.

Ausschussmitglied Steindorf teilte für die CDU-Fraktion mit, dass diese den Vorschlag von Ausschussmitglied Branse nicht unterstütze. Er wies darauf hin, dass gescheitertes Management selbst bei Ausschöpfung aller finanzieller Mittel Geld koste. Der Preis für das Management sei hier angemessen. Er denke, dass man der Vorlage so folgen solle, da LEADER Nachfolger von ILEK sei.

Herr Ehling machte nochmals deutlich, dass Voraussetzung für eine Bewerbung als LEADER-Region sei, dass ein professionelles Management vorhanden sei, da sonst der Prozess nicht in Gang gebracht und in Gang gehalten werden könne.

Auf Nachfrage von Ausschussmitglied Reints, ob die 15 % auch fällig werden würden, wenn keine Projekte durchgeführt werden würden, wies Herr Ehling darauf hin, dass Aufgabe des Regionalmanagers sei, im Interesse der Gemeinde dafür Sorge zu tragen, dass Projekte in allen Städten und Gemeinden durchgeführt werden.

So einen Fall könne er sich nicht vorstellen, so Bürgermeister Niehues.

Auch Ausschussmitglied Mensing äußerte seine Auffassung, dass die 15 % immer auf ein bestimmtes Projekt bezogen seien. Wenn kein Projekt durchgeführt werde, sei auch nichts an die wfc zu bezahlen.

Bürgermeister Niehues hielt dies für nicht umsetzbar. Ziel sei, dass die Region vorgebracht werde. Bei Gemeinschaftsprojekten müssten sich alle Baumberge-Gemeinden mit dem gleichen Anteil beteiligen. Dies gelte auch für das Regionalmanagement.

Ausschussmitglied Branse verwies auf den von der SPD-Fraktion formulierten Beschlussvorschlag. Er wolle diesen Beschlussvorschlag als Antrag verstanden wissen, worüber abgestimmt werden solle.

Bürgermeister Niehues ließ daraufhin über den Antrag der SPD-Fraktion **abstimmen**:

1. Die Gemeinde Rosendahl beteiligt sich gemeinsam mit den Städten Billerbeck und Coesfeld sowie den Gemeinden Havixbeck, Nottuln und Rosendahl als Baumberge-Region am Leader-Wettbewerb des Landes Nordrhein-Westfalen zur Vergabe des Status „LEADER-Region“ für die Förderperiode 2007 bis 2013.
2. Die Gemeinde Rosendahl beteiligt sich an den Kosten dieser Bewerbung mit 994,60 €.
3. Soweit LEADER-Projekte in der Gemeinde Rosendahl umgesetzt werden, stellt die Gemeinde Rosendahl die hierfür notwendigen Eigenmittel bereit. Es wird angestrebt, diese Eigenmittel möglichst durch die Einwerbung privater Mittel zu ersetzen.

Abstimmungsergebnis: 1 Ja-Stimme
 1 Enthaltung
 8 Nein-Stimmen

Nach Beantwortung weiterer Fragen fasste der Haupt- und Finanzausschuss abschließend folgenden **Beschlussvorschlag für den Rat**:

1. Die Gemeinde Rosendahl beteiligt sich gemeinsam mit den Städten Billerbeck und Coesfeld sowie den Gemeinden Havixbeck und Nottuln als Baumberge-Region am LEADER-Wettbewerb des Landes Nordrhein-Westfalen zur Vergabe des Status „LEADER-Region“ für die Förderperiode 2007 bis 2013.
2. Soweit LEADER-Projekte in der Gemeinde Rosendahl umgesetzt werden, stellt die Gemeinde Rosendahl die hierfür notwendigen Eigenmittel bereit. Bei einer gleichmäßigen Aufteilung der Projektmittel auf alle Baumberge-Gemeinden würde sich der Eigenanteil der Gemeinde Rosendahl auf rd. 441.000,- € belaufen, wobei angestrebt wird, die kommunalen Eigenmittel möglichst durch die projektbezogene Einwerbung privater Mittel zu ersetzen.
3. Im Fall eines Erfolges der Bewerbung wird die Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Coesfeld (wfc) mit der Durchführung des Regionalmanagements für den Zeitraum 2007 bis 2013 beauftragt. Zur Durchführung des Regionalmanagements wird die wfc hautamtlich tätiges Personal beschäftigen und die notwendigen Sachmittel zur Verfügung stellen. Zur Finanzierung des dadurch entstehenden Aufwandes, der nachträglich jährlich durch die wfc nachzuweisen ist, wird der wfc aus den insgesamt zur Verfügung stehenden Finanzmitteln ein noch festzulegender Anteil (max. bis zu 15 %) zur Verfügung gestellt.

Abstimmungsergebnis: 6 Ja-Stimmen
 4 Nein-Stimmen

3 Einführung und Aufbau einer Kosten- und Leistungsrechnung bei der Gemeinde Rosendahl
hier: **Sachstandsbericht**
Vorlage: VII/539

Bürgermeister Niehues verwies auf die vorliegende Sitzungsvorlage.

Gemeindeoberinspektor Deitert erläuterte anhand einer Power-Point-Präsentation die bisher eingeleiteten und weiterhin vorgesehenen Maßnahmen zur Einführung einer internen Kosten- und Leistungsrechnung als Grundlage für den Aufbau eines Berichtswesens. Die Präsentation ist als **Anlage I** dem Protokoll beigefügt.

Auf Nachfrage von Ausschussmitglied Branse teilte Gemeindeoberinspektor Deitert mit, dass bislang zunächst die Kostenstellen eingerichtet worden seien. Bis jetzt liege eine Verrechnung zwischen den einzelnen Produkten noch nicht vor.

Abschließend wurde der Bericht über die bisher eingeleiteten und weiterhin vorgesehenen Maßnahmen zur Einführung einer internen Kosten- und Leistungsrechnung als Grundlage für den Aufbau eines Berichtswesens durch den Haupt- und Finanzausschuss zur Kenntnis genommen.

4 Beitritt der Gemeinde Rosendahl zu einer Infrastrukturgesellschaft für Städte und Gemeinden des Kreises Coesfeld im Zuge der Interkommunalen Zusammenarbeit
Vorlage: VII/514

Bürgermeister Niehues verwies auf die vorliegende Sitzungsvorlage. Es gehe hier um die mögliche Gründung einer gemeinsamen Infrastrukturgesellschaft aller Städte und Gemeinden des Kreises Coesfeld ohne eigene Stadtwerke. Zweck der Infrastrukturgesellschaft solle sein, grundsätzlich alle Aufgaben der kommunalen Daseinsvorsorge abzudecken.

Ausschussmitglied Kuhl verwies auf die diesbezügliche Veranstaltung in der Steverhalle Senden am 14. Mai 2007. Er halte die Gründung und die Beteiligung der Gemeinde Rosendahl an einer gemeinsamen Infrastrukturgesellschaft für äußerst sinnvoll. Nur im Verbund sei es möglich, Synergieeffekte zu erzielen. Zum jetzigen Zeitpunkt gehe es jedoch zunächst um die Entscheidung über eine rechtliche Beratung sowie eine wirtschaftliche Prüfung. Er halte es für vernünftig, sich fachlich beraten zu lassen.

Auch Ausschussmitglied Branse zeigte sich einverstanden mit dem vorgeschlagenen Weg. Der nächste Schritt sei nun zunächst die Erteilung des Prüfauftrages. Die Beteiligung an der Infrastrukturgesellschaft sei eine Chance für alle.

Ausschussmitglied Neumann äußerte seine Auffassung, dass ein Beitritt zu einer Infrastrukturgesellschaft nur unterstützt werden könne. Der freie Markt solle genutzt werden, um optimale Preise zu erzielen.

Es mache nur Sinn, wenn das Gros der Gemeinden mitziehe, damit entsprechende Preise erzielt werden könnten, so Bürgermeister Niehues.

Ausschussmitglied Reints äußerte seine Ansicht, dass er prinzipiell die Beteiligung an einer derartigen Gesellschaft für richtig halte, um die Preissteigerungen im Ener-

giebereich ein wenig in den Griff zu bekommen. Im Bereich der Wasserversorgung sehe er jedoch Probleme, da es kein durchgängiges Wassernetz gebe.

Hierauf antwortete Bürgermeister Niehues, dass die Gemeinde Rosendahl ja bereits die Wasserversorgung in eigener Hand habe.

Allgemeiner Vertreter Gottheil wies darauf hin, dass die Gründung der Infrastrukturgesellschaft das Ziel sei, momentan müsse daran gearbeitet werden, dieses Ziel zu erreichen.

Abschließend fasste der Haupt- und Finanzausschuss folgenden **Beschlussvorschlag für den Rat:**

Dem Beitritt zu einer Infrastrukturgesellschaft wird grundsätzlich zugestimmt. Die Verwaltung wird beauftragt, die notwendigen Schritte hierfür in die Wege zu leiten. Eine endgültige Beschlussfassung erfolgt nach Auswertung einer Marktanalyse und entsprechenden Wirtschaftlichkeitsberechnungen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**5 Festlegung der Vermarktungsbedingungen zum 01. Juli 2007 für die Veräußerung der gemeindlichen Wohnbaugrundstücke
Vorlage: VII/538**

Bürgermeister Niehues verwies auf die vorliegende Sitzungsvorlage.

Allgemeiner Vertreter Gottheil erläuterte, warum nach dem Grundstücksmarktbericht des Gutachterausschusses des Kreises Coesfeld die Kaufpreise für Wohnbaugrundstücke in der Gemeinde Rosendahl gegenüber dem Vorjahr um 6 % gesunken seien. Ursächlich seien insbesondere die von der Gemeinde Rosendahl gewährten Kaufpreinsnachlässe gewesen. Da der Grundstücksmarkt im vergangenen Jahr nahezu ausschließlich von der Gemeinde beherrscht worden sei, schlage er vor, den Kaufpreis bei 92 Euro zu belassen.

Ausschussmitglied Neumann fragte nach, ob die Tendenzen im Grundstücksmarktbericht des Gutachterausschusses des Kreises Coesfeld unter Berücksichtigung aller Verkäufe, die getätigt worden seien, nachvollziehbar seien.

Allgemeiner Vertreter Gottheil bestätigte dies und verwies erneut darauf, dass der im Grundstücksmarktbericht festgestellte Rückgang des durchschnittlichen Grundstückswertes aufgrund von gewährten Preisnachlässen von der Gemeinde selbst beeinflusst bzw. verursacht worden sei.

Ausschussmitglied Kuhl äußerte sich dahingehend, dass es sich bei den gewährten Preisnachlässen um Sonderfälle handle. Für die ‚normalen‘ Grundstücke solle der Quadratmeterpreis bei 92 Euro belassen werden. Er sei erfreut, dass der Quadratmeterpreis bereits im zweiten Jahr stabil bleibe.

Bürgermeister Niehues teilte den Ausschussmitgliedern mit, dass die Verwaltung bemüht sei, für die Vermarktung der Grundstücke zu werben. So solle nun mit Hilfe von an der B 474 aufgestellten Werbetafeln für Grundstücke im Baugebiet „Haus Holtwick“ in Holtwick geworben werden.

Allgemeiner Vertreter Gottheil stellte anhand einer Folie die aufgestellten Werbetafel vor. Er verwies auf die Problematik hinsichtlich des Aufstellstandortes. So habe es monatelang gedauert, die Baugenehmigung zu erhalten. Es werde zu gegebener Zeit über den Erfolg dieser Werbeaktion berichtet.

Zur derzeitigen Situation berichtete Allgemeiner Vertreter Gottheil, dass bislang in 2007 drei Grundstücke veräußert worden seien, hiervon zwei an Familien mit jeweils zwei Kindern. Für weitere vier Grundstücke gebe es Interessenten.

Abschließend fasste der Haupt- und Finanzausschuss folgenden **Beschlussvorschlag für den Rat:**

Die derzeitigen Bedingungen für die Vergabe der gemeindlichen Wohnbaugrundstücke gelten für den Zeitraum vom 01. Juli 2007 bis 30. Juni 2008 fort.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

6 Vorstellung eines Konzeptes zur Erneuerung der Informationsständer/-schilder an den Ortsteingängen von Holtwick, Osterwick und Darfeld Vorlage: VII/544

Bürgermeister Niehues wies auf die vorliegende Sitzungsvorlage hin. Die bisherigen Informationsständer seien abgängig und sollten sukzessive gegen pflegeleichtere Edelstahlständer ausgetauscht werden. Er stellte den Ausschussmitgliedern das Aussehen der Ständer anhand einer Power-Point-Präsentation vor.

Bürgermeister Niehues erläuterte, dass die Höhe der Ständer insgesamt 2,4 m betrage. Die Grundfläche des unteren Schildes solle in einem angenehmen Rotton gehalten werden. Die Vereine und Werberinge hätten zur Werbung für ihre Veranstaltungen eigene, an das neue Konzept angepasste Hinweisschilder zu beschaffen. Das den Vereinen und Werberingen bereits vorgestellte Konzept habe deren grundsätzliche Zustimmung erhalten.

Auf Nachfrage von Ausschussmitglied Steindorf teilte Bürgermeister Niehues mit, dass Herr Heine 1.250 € für die Erstellung des gesamten Konzeptpaketes erhalte.

Für die CDU-Fraktion teilte Ausschussmitglied Steindorf mit, dass diese das Konzept nicht schlecht fände, jedoch müsse der Haushaltsansatz aufgrund der Finanzlage der Gemeinde für die Umsetzung ausreichen. Wie der Bürgermeister das bewerkstellige, überlasse die CDU-Fraktion ihm.

Ausschussmitglied Mensing fragte nach, ob die Möglichkeit bestehe, die Schilder zu beleuchten und wie groß ggf. der hierzu notwendige finanzielle Aufwand wäre.

Bürgermeister Niehues sagte eine Ermittlung der Kosten zu. Eine kostengünstige Möglichkeit der Beleuchtung sei sicher die richtige Standortauswahl unter einer Straßenlaterne.

Ausschussmitglied Löchtefeld erinnerte an den erhöhten Reparaturaufwand für beleuchtete Schilder.

Ausschussmitglied Mensing verwies auf den möglichen Einsatz moderner LED-

Lämpchen, die auch geschützt angebracht werden könnten.

Bürgermeister Niehues sagte die Überprüfung der Möglichkeiten zu. Hinsichtlich der von der CDU-Fraktion vorgeschlagenen Kostenbegrenzung auf 2.600 € müsse er schauen, was mit diesem Betrag in diesem Jahr umgesetzt werden könne. Es müssten dann weitere Mittel im kommenden Jahr bereitgestellt werden.

Auf Nachfrage von Ausschussmitglied Mensing teilte Bürgermeister Niehues mit, dass bereits ein Angebot für die Erstellung der unteren Tafel vorläge. Danach würde die Tafel für die Vereine 119 € inkl. MwSt. kosten.

Allgemeiner Vertreter Gottheil erinnerte daran, dass es in der Vergangenheit so gehandhabt wurde, dass für den Fall, dass auf den Informationsschildern für keine spezielle Veranstaltung geworben wurde, für Baugrundstücke geworben wurde. Die neuen Schilder sähen jedoch auch sehr ansprechend ohne die untere Tafel aus. Alternativ könne auch durchaus teilweise auf die Grundstücksvermarktung hingewiesen werden.

Ausschussmitglied Löchtefeld äußerte Kritik an dem Weg, den Bürgermeister Niehues eingeschlagen habe. Dieser hätte zunächst mit der Politik sprechen müssen, erst danach mit Vereinen und Werberingen.

Bürgermeister Niehues argumentierte, dass Voraussetzung für die Umsetzung des Konzeptes sei, dass die Vereine und Werberinge dieses mittragen. Sofern die Vereine und Werberinge nicht mitmachen würden, sei eine Beschlussfassung nicht notwendig, daher halte er den von ihm eingeschlagenen Weg nach wie vor für den richtigen.

Nun sei es aber so, dass die Vereine und Werberinge das Gefühl hätten, dass die Entscheidung bereits getroffen sei, so Ausschussmitglied Steindorf. Der Rat habe kaum eine Möglichkeit, eine andere Entscheidung zu treffen.

Bürgermeister Niehues sagte zu, künftig, soweit möglich, zunächst eine politische Entscheidung herbeizuführen.

Nach Beantwortung weiterer Fragen fasste der Haupt- und Finanzausschuss abschließend folgenden **Beschluss**:

Dem vorgestellten Konzept zur Erneuerung der Informationsstände/-schilder an den Ortseingängen von Holtwick, Osterwick und Darfeld wird zugestimmt. Das Konzept soll zunächst im Rahmen der für 2007 zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel von 2.600 € umgesetzt werden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Ausschussmitglied Neumann war bei der Abstimmung nicht anwesend.

7.1 Erstattung der Kosten für die Ausweisung von Reitrundwegen

Bürgermeister Niehues teilte den Ausschussmitgliedern mit, dass mit Schreiben vom 29. Mai 2007 die Bezirksregierung Münster die Erstattung der entstehenden notwendigen Kosten für die Ausweisung von Reitrundwegen um die Ortsteile Holtwick, Osterwick und Darfeld bis zu einer Höhe von 7.964,55 € zugesagt habe.

Es handele sich um eine 100-%ige Förderung.

7.2 Abbau der Bekanntmachungskästen in Darfeld und Holtwick

Allgemeiner Vertreter Gottheil wies darauf hin, dass bislang in jedem Ortsteil ein Bekanntmachungskasten vorhanden sei. In Darfeld befinde sich dieser am K+K – Parkplatz, in Osterwick am Rathaus und in Holtwick am Pastorat.

Amtliche Bekanntmachungen würden heute bereits nur am Rathaus vollzogen. Für Bekanntmachungen Dritter (Bekanntmachungen aus grundbuchrechtlicher Sicht, Zwangsversteigerungen etc.) sei es bisher jedoch erforderlich gewesen, alle drei Bekanntmachungskästen weiter vorzuhalten. Zwischenzeitlich sei erreicht worden, dass die Bekanntmachungskästen in den Ortsteilen Darfeld und Holtwick rechtlich nicht mehr erforderlich seien. Zumindest in Darfeld würde der Bekanntmachungskasten abgebaut werden, in Holtwick fänden noch Gespräche mit der Kirchengemeinde hinsichtlich einer Übernahme statt.

8 Anfragen der Ausschussmitglieder gemäß § 27 Abs. 9 GeschO

8.1 Dorfpark Osterwick - Herr Söller

Ausschussmitglied Söller fragte nach, wann die Eiche, die durch Blitzeinschlag beschädigt worden sei, beseitigt werde, da bislang nur eine Absperrung dieses Bereiches erfolgt sei.

Bürgermeister Niehues sagte die Beantwortung der Anfrage in der Ratssitzung zu.

9 Einwohner-Fragestunde gemäß § 27 Abs. 10 GeschO

9.1 Sitzgruppe im Dorfpark - Frau Everding

Frau Everding wies darauf hin, dass eine Sitzungsgruppe im Dorfpark total kaputt sei. Sie bat darum, dass diese durch die Bauhofmitarbeiter gelegentlich entfernt werde.

Sie sei bereits auf der Suche nach einem Sponsor, der eine neue Sitzgruppe finanziere.

Franz-Josef Niehues
Ausschussvorsitzende/r

Maria Fuchs
Schriftführer/in